

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 57 (1977-1978)  
**Heft:** 1

**Rubrik:** Blickpunkt

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 01.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## LOTTERDEMOKRATEN?

Am 13. März, einem Abstimmungstag mit ausserordentlich schwerer Fracht, gingen 44,6 Prozent der stimmfähigen Bürger an die Urne. Ein Jahr zuvor, bei der umstrittenen Mitbestimmungsinitiative, waren es 39,3 Prozent; beim Junitermin 1976 bemühten sich 34,5 Prozent an die Urnen; im September wurden 32,5 Prozent mobilisiert, und im vergangenen Dezember waren es 44,7 Prozent. Der «Tiefenrekord» bei Sachabstimmungen liegt bei 28 Prozent im März 1975. Für die Legislaturperiode 1971–1975 wurde ein Durchschnitt der Stimmabteiligung von 41 Prozent errechnet, gut 30 Prozent weniger als 40 Jahre früher. Dieser Schnitt wird für die laufende Legislatur noch tiefer liegen, wenn nicht alles täuscht. Eine ähnliche Abwärtsentwicklung lässt sich auch für die eidgenössischen Wahlen nachweisen.

Haben also jene recht, die von «Lotterdemokraten», von einem schleichen Unbehagen am Staat, von einer Krise unseres politischen Systems sprechen? Hat unsere altüberlieferte direkte Demokratie abgewirtschaftet? Das sind Fragen, die sich in letzter Zeit häufen. Der Bundesrat hat ein Gutachten zum Thema Stimmabstinenz in Auftrag gegeben. Der Gebirgskanton Obwalden führte eine Umfrage über das Problem durch. Die Gemeinden, deren Geschäfte nach dem Urteil einiger Experten den Bürger mehr ansprechen als eidgenössische Angelegenheiten, schlagen sich trotzdem mit ähn-

lichen Problemen herum. Viele Gemeindeversammlungen in diesem Land ziehen kaum je mehr als 10 Prozent der Stimmberechtigten an, ganz abgesehen davon, dass die meisten Gemeinden gar kein Lokal zur Verfügung haben, das auch nur die Hälfte der Stimmabteiliger aufnehmen könnte.

So wird landauf landab mit dem Problem gerungen. Doch wenn kein Wunder geschieht, wird sich letzten Endes nichts Wesentliches ändern. Denn all die Analysen und Anregungen bringen offensichtlich kaum entscheidend Neues an den Tag. Wir wissen alle, dass wir mit zu vielen Vorlagen von allzu komplexem Inhalt beglückt werden; wir wissen, dass der politische Normalverbraucher gegen die regelmässig wiederkehrende, geballte Informationsladung aufmuckt, indem er sie immer weniger exakt zur Kenntnis nimmt. Und gleichzeitig wissen wir, dass die vielbeschworene «Verwesentlichung der Demokratie» im Sinne einer wesentlichen Erschwerung der Volksrechte durch erhöhte Unterschriftenzahlen oder einer Neustrukturierung durch vermehrte abschliessende Delegation von sekundären Geschäften an die Parlamente politisch unmöglich ist, weil der angeblich übersättigte Bürger ein solches Ansinnen misstrauisch von sich weist.

Stellt sich da nicht die Frage, ob wir in Tat und Wahrheit einem falschen Perfektionismus, dem Traum von der «totalen» Demokratie, nachjagen?

Ist es nicht so, dass zur politischen Freiheit auch das Recht gehört, nur zu jenen Fragen Stellung zu nehmen, die man *begreift* oder die einen auf Anhieb interessieren? Man verstehe mich recht: Das Problem soll hier nicht bagatellisiert, sondern schlicht versachlicht werden. Das hundertprozentige demokratische Engagement gibt es nur in der Theorie. Und politische Vorlagen sind nicht nur unzulängliches Menschenwerk, sondern meist auch politische Kompromisse, womit sie normalerweise weder schöner noch sachgerechter werden. Darum sollte man auch Neinwellen nicht zu «Staatskrisen» hochstilisieren. Sie machen nun einmal das Risiko – und manchmal auch das Salz der Politik aus.

Was wir wirklich tun könnten, wäre etwa das Folgende: Als Regierungsleute und Parlamentarier könnten wir die hektische Gesetzesproduktion etwas dämpfen und dafür qualitativ verbessern. Als öffentliche Meinungsbildner könnten wir die Abstimmungsgegenstände noch besser darstellen und erläutern. Dann würden wir uns vielleicht auch als Bürger wieder eher daran machen, diesen Informationsfluss auch wirklich anzunehmen und uns mit den aktuellen Problemen konkret auseinanderzusetzen. – Im Grunde wäre das alles recht einfach; doch gerade mit dem Einfachen tut man sich auch in der Politik gar oft am schwersten.

Richard Reich

## VERFEHLTE ARBEITSPLATZSICHERUNG

In der Eintretensdebatte zum Finanzpaket des Bundesrates, die am 16. März das Geschehen im Nationalrat beherrschte, verkündete *Otto Stich*, ein profilerter Parlamentarier der Sozialdemokratischen Partei, der sich bisher insbesondere in finanzpolitischen Auseinandersetzungen hervorgetan hat, dass nicht nur die Finanzpolitik, sondern die Wirtschaftspolitik insgesamt im Dienste der *Arbeitsplatzerhaltung* – gemeint war wohl der Vollbeschäftigung – zu stehen habe. Stich visierte bei dieser Bemerkung die Kürzungen, die über eine straffere Finanzplanung der SBB zugemutet werden; sie könnten zur Aufhebung von Arbeitsplätzen – nicht notwendigerweise zur Entlassung von Arbeitskräften – führen. Dies wäre im Urteil Stichs ein grober Verstoss gegen die Vollbeschäftigungspolitik.

In dieser Argumentation, die keineswegs vereinzelt ist, kommt eine Auffassung zum Ausdruck, die in verschiedener Hinsicht höchst fragwürdig anmutet. Einmal geht sie von der Annahme aus, dass ein öffentliches Unternehmen wie die SBB seinen Personalbestand nicht dem Leistungsvolumen sollte anpassen dürfen, das bei ihm nachgefragt wird, zumindest dann nicht, wenn es gelten würde, eine Anpassung nach unten vorzunehmen. Von einem solchen Unternehmen wird also gefordert, dass es in der Rezession eine *Beschäftigungspolitik* betreibt und Arbeitsplätze auch dann aufrechterhält, wenn sie wirtschaftlich nicht mehr gerechtfertigt sind. Das bedeutet nichts anderes, als dass wirtschaftlich obsolete Arbeitsplätze mit Hilfe öffentlicher Mittel erhalten werden. Dies ist Struktur-

erhaltungspolitik reinsten Wassers. Vom gleichen Unternehmen aber verlangt wiederum das gleiche Parlament eine wirtschaftlich optimale Führung dergestalt, dass die hohen Defizite, die den Bundeshaushalt belasten, abgebaut werden können. Wie soll diese Rechnung aufgehen? Es ist sicherlich nicht Aufgabe der SBB, bestehende Arbeitsplätze sozusagen à tout prix zu konservieren. Eine solche Politik könnte, wie in den USA, im monumentalen Unsinn enden, elektrisch betriebene Lokomotiven mit Heizern zu beschicken – einfach deshalb, weil der Arbeitsplatz des Heizers auch dann erhalten werden muss, wenn seine Funktion längst verschwunden ist.

Vollbeschäftigungspolitik – ein erst-rangiges wirtschaftspolitisches Ziel, dem sich alle Parteien zu Recht verschrieben haben – darf nicht so verstanden werden, dass die *bestehenden* Arbeitsplätze zementiert werden. Die Wirtschaft ist kein statisches Gebilde, sondern ein Organismus, der sich in einem kontinuierlichen Anpassungsprozess an sich ändernde Präferenzen befindet. Es ist dann Aufgabe der Wirtschaftspolitik, den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung wenn immer möglich so zu beeinflussen, dass die Nachfrage nach Arbeitskräften das vorhandene Arbeitskräftepotential aufzunehmen vermag. Der Adoptionsprozess selbst ist eine we-

sentliche Voraussetzung dafür, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems sich verbessern kann. Erhaltung von ineffizienten Produktionsstrukturen, die also auch dann bestehen bleiben, wenn die von ihnen erbrachten Leistungen sinnlos geworden sind, *behindert* die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit auch die Wachstumschancen; sie ist nicht mit einer Vollbeschäftigungspolitik in Übereinstimmung zu bringen. Vielmehr behindert sie Vollbeschäftigung.

Das ständige Verschwinden alter und die Entstehung neuer Arbeitsplätze gehört zum Wesen einer *jeden* Wirtschaft, nicht nur jener, die sich auf marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien beruft. Wenn dieser Tatbestand akzeptiert wird, würde es offensichtlich in erster Linie darum gehen, die aus diesem Transformationsprozess entstehenden *sozialen Probleme* aufzufangen. Dies gehört zu den vornehmsten Zielen der *Sozialpolitik*. Die Bewahrung von Arbeitsplätzen indessen, die ihren Inhabern nichts mehr anderes zu bieten haben als Einkommen – was für nicht wenige möglicherweise durchaus reizvoll erscheinen mag –, ist deshalb sowohl sozialpolitisch wie vollbeschäftigungspolitisch verfehlt.

Willy Linder

## CARTERS TASTEN NACH PROFIL

Nach zwei Monaten Amtszeit im Weißen Haus lässt es sich heute bereits voraussehen, dass die Administration Carter nicht mit dem Paukenschlag der «ersten hundert Tage» aufwarten wird,

mit dem einst Franklin D. Roosevelt seine Herrschaft eingeleitet hat. Carter ist sich selbst treu geblieben. Wie er im Wahlkampf alle Optionen offen liess und so eine breite Basis schuf, von der

aus ihm, dem verhältnismässig Unbekannten, der Sprung nach Washington gelang, so betritt er auch jetzt die innen- und aussenpolitische Bühne mit vorsichtigem Tasten. Aus den Ernennungen lässt sich nur wenig herauslesen, es sei denn ein *gemässigter Konservativismus*; aber dieser wird seinerseits korrigiert durch die Schaffung von Gegengewichten, so im Rüstungsamt und bei der UN-Delegation. Der Appell zu vermehrter *Sparsamkeit* bewegt sich so im Allgemeinen, dass es einiger Zeit bedarf, ehe dessen konkrete Wirkung sich abzeichnet; die Kürzungen im Militärbudget halten sich in bescheidenem Rahmen, und der Abbau von Ausgaben für die Repräsentationspflichten des Staatsoberhauptes sind kaum ins Gewicht fallende Posten, eher Gesten symbolischen Charakters.

Auch nach *aussen* hin bewegt sich Carters Politik vorläufig in einer Phase der unverbindlichen Kontaktnahme: seine Emissäre Mondale, Vance, Young und Clifford schwärmt aus in alle Welt, um bei den wichtigsten Verbündeten und schliesslich auch in Moskau die Atmosphäre zu erkunden, während anderseits in Washington die Reisediplomatie im umgekehrten Sinne ebenfalls auf Hochtouren lief mit den Besuchen zahlreicher Staatsoberhäupter und Regierungschefs im Weissen Hause.

Erste Akzente gesetzt worden sind zunächst eigentlich nur in den Beziehungen zur zweiten Supermacht, zur Sowjetunion. Aber auch hier erscheint zunächst das meiste im diffusen Licht zahlreicher Widersprüche. Im Bereich

der Gespräche über *nukleare Rüstungsbegrenzung* drängt Carter offensichtlich auf Tempo und scheint sogar zu gewissen Vorleistungen geneigt zu sein; hier ist ohnehin mit dem Herbst 1977 ein zeitliches Limit gesetzt, das schon vor fünf Jahren für eine Vereinbarung über SALT II festgelegt worden ist. Gleichzeitig mit diesen Impulsen aber demonstriert Carter gegenüber den *Disidenten* in der Sowjetunion eine Solidarität, zu der sich sein Vorgänger Gerald Ford in ähnlicher Situation nicht hergegeben hat. Hier bricht ein Element idealistischer Grundsätzlichkeit durch, das sich im Rahmen der realistischen Interessenpolitik ebenso eigen tümlich wie originell ausnimmt.

Verbirgt sich hinter solchen Unge reimtheiten zielbewusste Taktik, oder ist es nichts anderes als unbestimmtes Schwanken zwischen unvereinbaren Positionen? Carter verfolgt heute weiter jene Linie, die in der Wahlkampagne von 1976 seinen Erfolg garantiert hat. Er will sich zunächst auf nichts verpflichtend festlegen. Diese Politik der freien Hand verleiht ihm ohne Zweifel eine gewisse Flexibilität und hat damit ihre Vorteile. Ebenso sicher aber ist, dass der Tag kommen wird, an dem der Präsident seine Karten aufdecken muss. Dann erst wird es sich zeigen, *von welcher Statur* Jimmy Carter ist. Bisher hat er es mit Geschick verstanden, der Welt und den Vereinigten Staaten Umfang und Ausmass seiner staatsmännischen Qualitäten zunächst noch zu ver bergen.

Alfred Cattani